

ZeitZeugenBrief

Wir organisieren und vernetzen Erinnerungsarbeit ❖ April 2016

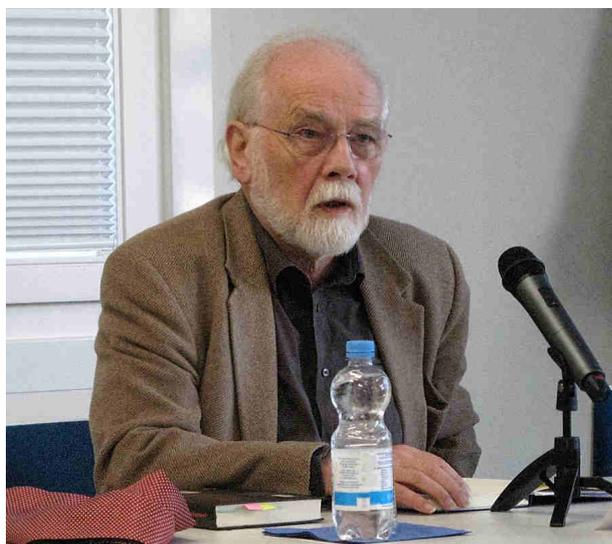


Foto: Klaus Peschke

Vortrag von Prof. Lutz Niethammer

Von Gertrud Achinger, 

Das Thema von Prof. Niehammer war am 16.3.2016 ein großes Forschungsprojekt, das er zusammen mit zwei anderen bekannten SozialforscherInnen Alexander von Plato und Dorothee Wierling, 1987 in der DDR durchgeführt hat. Die Ergebnisse wurden in einem dicken Buch veröffentlicht, das ich schon einmal studieren durfte:



Prof.Lutz Niethammer / Foto: Dieter Geffers

Zu dieser mit Spannung erwarteten Veranstaltung trafen wir uns zum ersten Mal am neuen Veranstaltungsort im ehemaligen Amerika-Haus. Nachdem alle Teilnehmer richtig angekommen waren, wurden wir von Herrn Gill, dem Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, als alte und neue Kooperationspartner herzlich begrüßt. Der neue Ort ist sehr verkehrsgünstig gelegen, der Seminarraum freundlich und einladend.

Prof. Niethammer ist der eigentliche Begründer der oral history in der Bundesrepublik und steht deshalb

Zeitzeugen besonders nahe. Grundlage seiner Forschungen im Ruhrgebiet und in der DDR waren Zeitzeugeninterviews, deshalb sind sowohl seine methodischen wie inhaltlichen Ausführungen besonders interessant für Zeitzeugen. Das Projekt in der DDR war brisant, sowohl wegen der neuartigen Methoden wie wegen der Fragestellung. Es sollte eine Vergleichsstudie zur Untersuchung von „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960“ sein, die er Anfang der 80er Jahre an verschiedenen Orten des Ruhrgebiets durchgeführt hatte.

Die Idee, ein ähnliches Projekt in der DDR durchzuführen, ergab sich aus mehreren deutsch-deutschen Historikergesprächen zwischen der Fernuniversität Hagen und der Akademie der Wissenschaften der DDR. Der Forschungsantrag wurde zunächst abgelehnt, erst eine „Staatsratseingabe“ wurde 1987 überraschend genehmigt, sogar für ein ganzes Team und für mehrere Wochen. Den drei Forschern wurden vier Professoren

Inhalt	
Vortrag von Prof. Lutz Niethammer	1
Die DDR-Gewerkschaft als Treibriemen	3
Gewerkschaftsarbeit im DDR-Fernsehfunk	4
Zukunftsorientierter Gewerkschafter/Rentner	5
Zeitzeugengespräch...Flucht,Vertreibung,Migration	6
Schwierige Nachkriegsgeschichte	7
Schuld und Sühne	8
Aus unserem Briefkasten	9
Gratulationen	9
Zeitzeugen gesucht	10
In eigener Sache	10
Veranstaltungen	12
Impressum	12



Foto: Dieter Geffers

der Akademie der Wissenschaften der DDR als Betreuer beigegeben. Sie nahmen an Interviews teil und schrieben Berichte für die Akademie und die Stasi; dennoch entwickelte sich ein zunehmend vertrauensvolles Verhältnis, obwohl die Forscher richtig vermuteten, dass sie Stasi-IMs seien. Aber gerade der, den das Team am ehesten dafür hielt, wegen seiner zurückhaltenden Art von ihnen als der „graue Mönch“ betitelt, war es nicht.

Die Auswahl der interviewten Personen sollte in etwa der im Ruhrgebiet entsprechen – es sollten alte und neue Industriegebiete und Klein- und Schwerindustrie einbezogen werden. Insgesamt führten die Forscher 150 Gespräche mit Interviewpartnern in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Bitterfeld und Stalinstadt (Eisenhüttenstadt). Ausgewählt wurden viele durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen, auch durch die Forscher selbst über Kleingartenvereine, Kirchengemeinden, Blockparteien. Im Alter waren sie zwischen Ende Fünfzig und 80+, Männer und Frauen waren fast gleich häufig vertreten, ca. 30% waren SED-Mitglieder.

Es sollten vor allem Arbeiter interviewt werden. Sie sollten möglichst aus Arbeiterfamilien stammen und eventuell schon vor 1945 Arbeiter gewesen sein. Aber die zu finden erwies sich als schwierig, und das führte zu grundlegenden Erkenntnissen über die Sozialstruktur der DDR. In Bitterfeld blockierte auch die SED die Forscher bei der Suche nach Arbeitern, weil sie ihren Aussagen misstraute. Seit dem Arbeiteraufstand 1953 war das Verhältnis gestört, denn in Halle und Umgebung war heftig demonstriert worden. In Eisenhüttenstadt gab es dagegen wenig Misstrauen und Kontrolle. Die Forscher konnten selbst Schrebervereine, Volkssolidarität, Kirchengemeinden ansprechen.

Die Methode

Die Interviewten konnten zunächst analog zum Ruhrgebiet völlig frei ihre Lebensgeschichte erzählen, kurz oder lang, mit eigenen Schwerpunkten. Dann wurden einzelne Punkte gezielt durch Nachfragen vertieft und schließlich anhand eines Leitfadens noch fehlende sachliche Informationen erfragt. Die Forscher nahmen aktiv am Gespräch teil, vor allem durch Nachfragen.

Die Fragestellung

Prof. Niethammer bezeichnete sich selbst als „linksliberal“, seine Mitforscher hatten eine DKP-Vergangenheit. Alle waren jedoch überzeugt, dass das Private politisch sei, auch in der DDR. Es sollte erforscht werden, wie die politischen Verhältnisse das private Leben der Personen beeinflusst hatte, gerade in der Umbruchszeit nach 1945 und gerade in Industriegebieten. Wie Prof. Niethammer in der Einleitung zu seinem Buch schreibt, sollten die Leser sich eingeladen fühlen, „sich in einer Vielzahl oft rätselhaft erscheinender Lebensgeschichten auf die Suche nach der deutschen Kontinuität, der Sozialkultur der DDR und der Verknüpfung beider in individuellen Erfahrungen einzulassen.“ (S. 73)

Die Ergebnisse der Interviews

Leider war die Zeit zu knapp, um ausführlich auf die Forschungsergebnisse einzugehen. Prof. Niethammer betonte aber noch einmal, dass viel stärker als das Ruhrgebiet die großen Industriebetriebe der DDR die Möglichkeit zum Aufstieg und Ausstieg aus der Arbeitersituation geboten haben. Viele Ingenieure und Betriebsleiter bürgerlicher Herkunft gingen in den Westen, selbständige Betriebe wurden enteignet, neue Großbetriebe wurden gegründet. So gab es viele ganz neue Positionen zu besetzen. Arbeiterkinder wurden über die ABFs in Leitungsfunktionen befördert, die Männer erreichten so Führungspositionen, während die Frauen nur bis zu Facharbeiterpositionen aufsteigen konnten. Gegen Ende der 80er Jahre waren diese Aufstiegswege allerdings weitgehend blockiert, die Führungspositionen besetzt. Das war nach Niethammer ein entscheidender Grund für die Legitimitätskrise der DDR.

Fragen aus dem Publikum:

„Gab es keine Antifaschisten unter den Interviewten?“ - „Doch, zwei, Professor Ludwig Haber und der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Leipzig.“

„Die Vertriebenen hießen in der DDR „Umsiedler“, ihr Schicksal wurde nicht politisch thematisiert. Wie äußerten sich die interviewten Flüchtlinge?“ „Besonders die neuen Industriestandorte boten Vertriebenen gute Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten, z.B. EKO in Eisenhüttenstadt. Dort waren auch viele Vertriebene in der SED.“

„Wurden auch Mitglieder von Blockparteien interviewt?“ „Mindestens 10 Personen. Einige waren (Halb-)Selbständige, andere bei den Blockparteien oder Kirchenleute, kaum bei der Stasi.“

Eine wichtige Frage kam zuletzt: „Wie steht es mit dem Wahrheitsgehalt der Erinnerungen?“ „Erinnerungen sind immer subjektiv gefiltert und verändern sich mit der Zeit, den veränderten Lebensumständen entsprechend. Viele Erinnerungen sind auch verschüttet, sie werden erst auf Nachfrage aktiviert. Deshalb ist es wichtig, sich die Geschehnisse im Gespräch zu verdeutlichen. „Vorsprecher“ spielen eine große Rolle. So eine „Vorsprecherin“ war Christa Wolf mit ihrem Buch „Kindheitsmuster“.“

Die Betreuerberichte

Leider war keine Zeit mehr, auf die Betreuerberichte einzugehen, von denen zwei im Buch abgedruckt und von mir mit besonderem Interesse gelesen wurden. Sie sind sehr detailliert, kenntnis- und aufschlussreich und reflektieren die Überlegungen der DDR-Historiker zu den Forschungszielen, -methoden und möglichen Ergebnissen des westdeutschen Blicks auf die DDR. Besonders im zweiten Bericht wird die Befürchtung ausgedrückt, dass die Forscher ein negatives Bild der DDR gewinnen würden. Im Hinblick auf die ideologische Grundhaltung der Interviewten stellt der DDR-Historiker bedauernd fest, dass die Befragten vor allem Einzelaspekte ihrer eigenen Arbeits- und Lebenssituation positiv oder negativ thematisiert hätten und dabei hängengeblieben seien. Es fehle das Bekenntnis zur DDR als Gesellschaftsform, und auch die NS-Geschichte werde nicht negativ genug gesehen. Das antifaschistische Credo der DDR bleibe bei den Interviewten ganz vage. Diese teilt auch Prof. Niethammer: auch für ihn ergibt sich insgesamt, dass sich die meisten Interviewten sehr stark mit den Verhältnissen arrangiert haben.

Literaturhinweis: Niethammer, Lutz, Alexander von Plato, Dorothee Wierling: *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen.* Rowohlt, Berlin 1991, 640 S.

Torsten Kahlert, Humboldt-Universität, und Uwe Fuhrmann, Freie Universität, übermittelten der ZeitZeugenBörse den Bericht von einer Tagung, die am 12. und 13. November 2015 auf Einladung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) in den Räumen der Gewerkschaft ver.di in Berlin stattfand, Thema: „Einheit und Transformation - Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess“, vorgetragen von Uwe Fuhrmann, Friedrich-Meinecke-Institut, FU. Dieser Bericht löste die Suche nach Zeitzeugen aus, die über dieses Thema aus eigener Erfahrung zu berichten wissen.

Die DDR-Gewerkschaft als Treibriemen

Von Wolfhard Besser, Zeitzeuge

Zunächst einmal: Diese merkwürdige Schlagzeile soll später erklärt werden. Zu Beginn nur so

viel: 2017 werde ich 65 Jahre Mitglied der Gewerkschaft sein. Eine lange Zeit. Aktiv war ich in den ersten 50 Jahren nie; das änderte sich erst mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben 1999.

Mit Lehrbeginn 1952 wurde ich in die IG Metall, einer Teilgewerkschaft des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), aufgenommen. Dies geschah automatisch - wenn in der DDR das Berufsleben in einem Volkseigenen Betrieb (VEB) oder ähnlich strukturierten Unternehmen begann - es war selbstverständlich - ein gewisser Automatismus. Auch während meiner Studienzeit gehörte ich weiterhin dem FDGB an, nun aber der Gewerkschaft Kunst bis 1990. An dem Lehr-Institut hatte sich eine Gewerkschaftsgruppe junger Leute gebildet. Den von uns gewählten Vertrauensmann nannten wir nicht Wolfgang - wie sein Vorname lautete - sondern scherzhafterweise „Treibriemen“. Diese Bezeichnung stammt von Lenin aus dem Jahr 1920. Im ursprünglichen Sinne kommt der Begriff aus dem Maschinenbau - eine Vorrichtung zum Übertragen von Kraft auf eine Arbeitsmaschine. Lenin leitete aus diesem technischen Vorgang davon ab, dass die Diktatur des Proletariats (als Motor) nur verwirklicht werden könne mit einer Transmission. Und die wäre die Gewerkschaft, die mit-helfen muss, die Verbindung zwischen Partei und den werktätigen Massen herzustellen mit dem Ziel: Den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben. Was auch in der DDR die Aufgabe des FDGB sein sollte; also die Politik der SED zu unterstützen und zu ihrer eigenen zu machen.

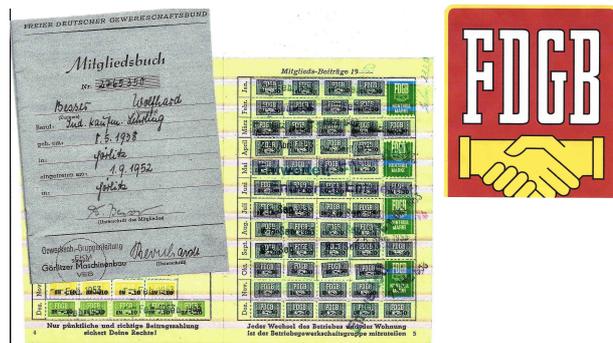
Der FDGB hatte dafür zu sorgen und zu kontrollieren, dass sich in den Betrieben, Einrichtungen, Behörden und sonstigen Unternehmen, die materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse immer weiter entwickeln, somit dazu beitragen, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Die Rolle der Gewerkschaften, ihre Rechte und Aufgaben waren im Artikel 44 der DDR-Verfassung von 1974 festgeschrieben. Formal besaß der FDGB Mitspracherecht, auch als eigene Fraktion in der Volkskammer. In der großen Politik war er allerdings ein Anhängsel der SED, aber in den Betrieben und Einrichtungen wurde es konkret. Gewerkschaftliche Gremien nahmen Einfluss auf soziale Belange im Betrieb, wie sie am zweckmäßigsten gestaltet werden können. Da gab es Küchenkommissionen, die sich um die Versorgung durch betriebseigene Kantinen kümmerten; Ferienkommissionen, die sich der Urlaubsbetreuung und der betriebseigenen

Kinderferienlager annahmen. Das kulturelle und sportliche Angebot in den großen und mittleren Betrieben war ein weiterer Schwerpunkt gewerkschaftlichen Lebens. Auch die Kontrolle des Arbeits- und Gesundheitsschutzes gehörte dazu. Lohnfragen weniger.

Einen besonderen Bereich bildete der Feriendienst. Dem FDGB gehörten eine ganze Reihe von Ferienhäusern in den schönsten Gegenden des Landes. Er vermittelte den Werkträgern subventionierte Reisen im Inland; um 1960 kostete ein Platz etwa 30 - 40 DDR-Mark für 14 Tage plus subventionierte Fahrkarten der Deutschen Reichsbahn. In den 80er Jahren hatte sich ein FDGB-Ferienplatz auf rund 100 Mark erhöht.

Außerdem gab es noch unzählige Ferienheime, die die volkseigenen Betriebe, Institutionen und Genossenschaften auf eigene Kosten unterhielten und ihren Beschäftigten boten. Zu diesem Zweck bildeten die Betriebe einen Sozialfonds, aus dem die gewerkschaftlichen Aktivitäten in der Regel finanziert wurden. Aber insgesamt reichte das Angebot nicht aus, obwohl immer mehr Gewerkschaftsferienhäuser entstanden. Laut Statistik verfügten 1984 die DDR-Betriebe über etwa 413.000 Ferienplätze; der FDGB-Feriendienst kam auf knapp 136.000. Zum ersten Mal erhielt ich 1956 einen FDGB-Ferienplatz in Thüringen. Auch bei meiner späteren Arbeitsstelle hatte ich mehrmals Glück. Die Vergabe erfolgte in der Regel in den Gewerkschaftsgruppen der Betriebe. Da entschieden die Mitglieder selbst, wer einen Ferienplatz erhält: vor allem Familien mit Kindern, Schichtarbeiter und erholungsbedürftige Kollegen. Allerdings ging es nicht überall gerecht zu, wie ich aus Berichten von Freunden und Verwandten weiß.

Die eigentliche Gewerkschaftsarbeit geschah in der Regel durch sporadische Gruppenversammlungen. Hier besprachen die Mitglieder soziale, kulturelle und gesundheitliche Belange, die unmittelbar mit der eigenen Tätigkeit zusammenhingen; es ging zudem um Ferienplätze, aber auch manchmal um Dinge des täglichen Arbeitens; denn schließlich sollten auch Probleme der Produktion bzw. Tagesaufgaben besprochen werden mit dem Ziel, zu größerer Leistung zu kommen. Die „führende Partei“ war jedenfalls mit dem Wirken des FDGB in der Regel zufrieden; waren doch die meisten Gewerkschaftsfunktionäre zugleich Mitglied der SED. Und die bestimmte nun mal, wo es langging - auch ohne Treibriemen.



In der Wendezeit 1989/90 versuchten die FDGB-Funktionäre zu retten, was zu retten war. Aber es gelang nicht. Alle Versuche, mit dem DGB zu kooperieren, wurden abgelehnt; auch wenn sich die neue, provisorische FDGB-Führung vehement engagierte. Zwar verfolgte sie das Ziel, nun unabhängig zu agieren. Der FDGB zerfiel immer mehr. Die Mitglieder sahen in der DDR-Gewerkschaft keine Hilfe in der Bewältigung der neuen Situation; nun standen persönliche Probleme auf der Tagesordnung. Nach der Wende konnten sie sich den DGB-Gewerkschaften anschließen; wer wollte. So gelangte ich zur IG-Medien. Auch hier war ich zunächst nur zahlendes Mitglied. Die IG Medien vereinigte sich schließlich 2001 mit weiteren DGB-Gewerkschaften zu ver.di. In ihr engagiere ich mich nun seit gut 15 Jahren in einer Senioren-Betriebsgewerkschaftsgruppe und in der ver.di-Ortsseniorengruppe Treptow-Köpenick für gewerkschaftliche Belange der „Älteren“.

Gewerkschaftsarbeit im DDR-Fernsehfunk

Von Hans Müncheberg, Zeitzeuge

Zu den Aktivitäten der Gewerkschaftsarbeit im Deutschen Fernsehfunk und später innerhalb der „Gewerkschaft Kunst“ im östlichen Teil Berlins gehörte 1953/54 eine Eigeninitiative der AGL-Programm zur Qualifizierung der Mitarbeiter im Bereich künstlerischer Arbeit, also sprach ein Mann vom Funk über die Dramaturgie von Tönen und Geräuschen, einer vom Film über die Dramaturgie der Bildmontage, einer vom Theater über die klassische Dramaturgie der Handlungsführung und ein erfahrener Szenenbildner über die dramaturgischen Möglichkeiten von Licht und Schatten.

Ab 1955 hatte die Gewerkschaft die Möglichkeit, in den Betrieben Schöffen für das jeweils zuständige Kreisgericht (in Berlin das Stadtbezirksgericht) zur Wahl zu stellen. 1957 wurde ich im Deutschen Fernsehfunk (letztmalig in geheimer Wahl) von der

Belegschaft zum BGL-Vorsitzenden gewählt, hatte also als Parteiloser Sitz und Stimme im Rahmen der Intendanz. Das gefiel dort nicht immer, half aber, manchen Missstand durch spezielle „Betriebsbegehungen“ zu beseitigen.

Als es in der DDR eine Kampagne gab, leitende Mitarbeiter sollten nach chinesischem Vorbild für einige Wochen zur praktischen Arbeit in die Betriebe gehen, habe ich zwar die Intendanz aufgefordert, dem zentralen Aufruf zu folgen, es hatte aber niemand von den verantwortlichen Leitern Zeit dafür. Mir blieb nichts übrig, als selbst ein Beispiel zu geben - und ging für sechs Wochen ins EAW (Elektro-Apparate-Werk) Treptow. Dort arbeitete ich im sogenannten „Gusslager“, dem Lager für die Aluminiumhüllen der verschiedenen Schaltgeräte.

Im Fernsehen war ich später, gewerkschaftlich gewählt, jahrelang der Vorsitzende der betrieblichen „Konfliktkommission“, vor der nicht nur arbeitsrechtliche, sondern auch einfache zivil- und strafrechtliche Fälle verhandelt wurden (entstanden sind diese Kommissionen als unterste Stufe der Gerichtsbarkeit nach einem „Rechtspflegeerlass“ des „Staatsrats der DDR“, jede Berufung oder Einspruch gegen eine Entscheidung dieser Instanz ging also an das zuständige Kreis- oder Stadtbezirksgericht).

1958 stiftete die Gewerkschaft Kunst den „Hans-Otto-Preis“ als jährlich zu vergebenden Wanderpreis für das beste Theaterensemble oder hervorragende Theaterschaffende. Auch durch diesen Impuls entstanden ab 1959 die jährlich veranstalteten „Arbeitsfestspiele“, die jeweils für eine Woche wechselnd in einem Bezirk der DDR stattfanden.

Zukunftsorientierter Gewerkschafter/Rentner Von Dietrich Raetsch, Zeitzeuge

Als ich 1963 in der DDR meine Lehre als Buchdrucker aufnahm, wurde ich auch Mitglied der Gewerkschaft. Das war üblich und ergab für mich auch Sinn.

Bei meiner Tätigkeit im Verlag war ich Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung und für Kultur zuständig.

Bei der gesellschaftlichen und beruflichen Neuorientierung (bewusst n i c h t Wende) geriet bei mir das gewerkschaftliche Engagement in Vergessenheit.

Nach meiner, nicht einfachen, beruflichen „Wende“ vom leitenden Angestellten zum

Hilfsaltenpfleger und der Wahl in den Betriebsrat, erkannte ich die Bedeutung gewerkschaftlicher Tätigkeit und trat 2001 in die Gewerkschaft verdi ein.

Bei vielen Schulungen als Betriebsratsmitglied, später als teilfreigestellter stellvertretender Vorsitzender und Mitglied des Konzernbetriebsrates erkannte ich die Rolle und Bedeutung, aber auch Einflussnahme der Gewerkschaft auf und im Arbeitsmarkt.

Mit meinem Eintritt ins Rentnerdasein wollte und will ich dieses Wissen an die nächste Generation weitergeben.

„Silberstreif“ (selbsterklärend) ist eine Gruppe von engagierten Senioren, die sich als Teil von verdi um gesellschaftliche Themen kümmert. Dazu gehören zum Beispiel die Gruppen Schule, Wohnen, Computer, Europapolitik.

Wir gehen in Schulen, um den Versuch zu unternehmen, Schülern der neunten und zehnten Klassen theoretische Einblicke in die für sie bevorstehende Arbeitswelt zu vermitteln.

Wir haben uns bewusst Sekundarschulen ausgesucht, weil wir der Meinung sind, dass die Schüler dieser Bildungseinrichtung oft nicht so gute Grundvoraussetzungen haben wie z.B. Gymnasiasten.

Es gibt, wenn auch leider zu wenig, engagierte Pädagogen, die unser Potential erkennen und nutzen.

Unser Schwerpunkt ist eine Sekundarschule in Neukölln mit einem Migrationshintergrund von über 80%.

Auch ich habe einen Migrationshintergrund: ich bin Bundesbürger mit DDR Migrationshintergrund!

Unser Ziel ist es, Grundkenntnisse des Arbeitslebens zu vermitteln und die Bedeutung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu erläutern.

Ich versuche, den zukünftigen Arbeitnehmern begrifflich zu machen, dass sie das Glück haben, in einem Land zu leben, in der Demokratie u.a. auch durch das Vorhandensein eines Betriebsverfassungsgesetzes garantiert ist.

Es gibt wenige Länder, in denen das Verhältnis zwischen den Tarifparteien so detailliert geregelt ist.

Wir verstehen uns nicht als Gewerkschaftswerber, erläutern aber die Rolle von Organisiertheit bei der Durchsetzung von berechtigten Interessen.

Nur durch Kenntnis der Rechtslage ist es besser möglich, seine Befindlichkeiten,

Wünsche und Erwartungen zu benennen und durchzusetzen. Großen Wert legen wir aber auch auf die Rolle von Pflichten zukünftiger Arbeitnehmer.

Wir wollen helfen, selbstbewusste, pflichtbewusste, verantwortungsvolle und zukunftsorientierte junge Menschen zu formen.

Nun einige Einblicke in die praktische Arbeit vor der Klasse.

Wichtig ist es, erst einmal Vertrauen bei den Schülern zu erringen. Schwierig ist es, eine Kommunikationsform zu finden, die nicht „Betriebsratsprache“ ist, aber auch nicht versucht, Jugendslang zu imitieren.

Meine Variante: Ich bin hier, um Euch etwas zu schenken. (Kunstpause) Ich schenke Euch meine Zeit. (Kunstpause) Dann Kurzbiographie und los geht es.

Einige Beispiele für Themen, die ich anspreche:

- Inhalt eines Ausbildungsvertrages
- Arbeitszeitregelung
- Lernziele inhaltlich und zeitlich benennen
- Abbau von abstrakten Formen der Kündigungsangst
- Erwartungen der Arbeitgeber (Grundrechenarten, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Lern- und Leistungsbereitschaft)
- Entlohnung (Bewusstmachen von Bedeutung selbstverdienten Geldes)
- Probleme bei der Durchsetzung in kleinen, privat geführten Betrieben

Ich beantworte auch Fragen: z.B. Kann mich ein betrunkenen Chef kündigen?

Auf meine Frage, wer die Löhne festlegt, die etwas leise formulierte Antwort: Merkel?

Warum soll ich eine Ausbildung machen, wenn meine Azubivergütung mit den Sozialleistungen verrechnet wird?

Bei meinem Vater, der Gebrauchtwagenhändler ist, verdiene ich gleich mehr! Warum soll ich eine Ausbildung machen?

Muss ich mit einem Schwulen zusammen arbeiten?

Warum sind Sozialbeiträge notwendig?

Ich versuche, die Bedeutung und Notwendigkeit von umfassender Allgemeinbildung zu erläutern.

Das ist nur eine kleine Auswahl von Fragen und Problemen.

Wir sind uns bewusst, dass wir mit unserem Angebot nicht alle Schüler erreichen. Trotzdem macht es uns Spaß. Uns gibt es ein gutes Gefühl, einen kleinen Beitrag an der Formung der Jugend, unserer Zukunft, zu leisten.

Wir sind der Meinung, dass die Jugend, so wie sie sich uns heute darstellt, zum großen

Teil Produkt unseres Vorlebens ist, und hoffen, dass wir noch lange dieses, unser Wissen weiterreichen können.

Zeitzeugengespräch zum Thema Flucht, Vertreibung, Migration

Von Dr. Edith Kiesewetter-Giese, Zeitzeugin

Die Studierenden an der Berufsfachschule der Stiftung SPI beendeten eine Blockwoche zum Thema „Biografie“ dieses Mal mit einer eindrücklichen Veranstaltung, die von ihnen selbst organisiert und moderiert wurde.

Gedacht war daran, dass diese Veranstaltung den Studierenden eine Hintergrundinformation zu dieser Zeit geben sollte, denn in ihrem Beruf werden die jungen Leute es auch mit den Menschen zu tun haben, die den 2. Weltkrieg und die Zeit danach oft auch traumatisiert erlebt haben.

Nachdenklich und interessiert folgten alle dem Vortrag. Viele Bilder, Fakten und Zahlen zum Thema Flucht und Vertreibung erinnerten die zukünftigen Altenpfleger/innen an die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Immer ging es dabei auch um Parallelen und Unterschiede zur Situation der Flüchtlinge heute. Das Gestern hilft uns das Heute zu verstehen.

Die Anwesenden waren in die Zeit von 1945 zurückzusetzen.

Beispiele:

- Das Land war gekennzeichnet durch die Zerschlagung des Nationalsozialismus, Deutschland hatte den Krieg verloren und war in Alliierten-Zonen aufgeteilt.
- Es war weniger industrialisiert und verkehrsmäßig erschlossen als heute. Die Städte und Industrieanlagen lagen in Schutt und Asche, ebenso die Wohnungen. Noch gut erhaltene Wohnungen waren von den Alliierten beschlagnahmt.
- Die staatlichen Stellen waren nicht voll funktionsfähig und durch die Alliierten kontrolliert. Flüchtlings- und Vertriebenenströme überforderten die staatlichen Möglichkeiten.
- Es kamen nicht nur Flüchtlinge und Vertriebene, es kamen die rückkehrenden Soldaten, evakuierte Kinder, Emigrierte, die Menschen aus den Konzentrationslagern mussten versorgt werden u.a.m.
- Bis zu 14 Mio. Menschen wollten in relativ kurzer Zeit untergebracht und gepflegt werden.

Flucht und Vertreibung war eine Zwangsemigration, für die es bis dahin in der Ge-

schichte der Völkeremigration keine ähnliche Größenordnung unter gleichen Voraussetzungen gegeben hat. Die Jüngeren und die Männer waren bei der Wehrmacht, z.T. in Gefangenenlagern. Dazu kommt, dass viele Menschen in den Vertriebenenländern zur Zwangsarbeit gezwungen wurden, sozusagen als lebende Reparationen. Weniger bekannt ist, dass aus den deutschen Ostgebieten mehr als 500.000 Zivilisten im Jahr 1945 in sowjetische Arbeitslager deportiert wurden. Rd. 160.000 deutsche Zivilisten, Frauen und Männer aus Ungarn, Jugoslawien, Rumänien u.a. Ländern wurden als lebende Reparationen in Zwangsarbeitslager gesteckt. Dazu kamen Zivilisten, die in Polen und der Tschechoslowakei Zwangsarbeit leisten mussten. Sie mussten Schwerstarbeit leisten in Kohlebergwerken, auf Baustellen, in der Schwerindustrie, an Bahndämmen, in der Land- und Forstwirtschaft. Oft bei großer Kälte und Hunger sowie schlechten hygienischen Bedingungen. Viele dieser Menschen erleben Vergewaltigungen, Hinrichtungen, Verschleppungen, den plötzlichen Tod von Angehörigen, den Anblick misshandelter und verstümmelter Menschen. Sie hörten Leidende und Sterbende um Hilfe rufen und konnten nicht helfen. Sie hatten Todesangst vor Bedrohung und Überfällen. Sie hatten Hunger und Durst und oft ihren toten Säugling im Arm. Frauen machten in der Zeit von 1944 bis 1946 auch schlimme Erfahrungen, z.B. durch Vergewaltigungen, Zwangsarbeitslager, Verschleppung u.a.m.

Frauen erlebten zum Beispiel:

- große Brutalität, oft bedingt durch Alkohol
- Vergewaltigung vor der Familie, vor den Kindern
- zerbissene Brüste, aufgerissene Geschlechtsorgane, oft auch dadurch, dass manchen Frauen Flaschenhalse in die Genitalien gesteckt wurden
- oft wurde eine Frau von vielen Soldaten hintereinander vergewaltigt
- ungewollte Schwangerschaften.

Sexuelle Kriegsgewalt wird oft verharmlost und als unvermeidliche Nebenwirkung von Kriegen angesehen. Sie ist jedoch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Solche und andere Situationen trugen dazu bei, dass diese Menschen oft ein Leben lang traumatisiert sind, und das sind die Menschen, denen die Altenpfleger in ihrem Beruf begegnen. Frauen lassen sich oft von Pflegern nicht anfassen, Männer schreien im Traum u.a.m.

Die Studenten erfuhren, dass diese Abwehrlungen älterer Menschen nicht gegen die Pflegenden gerichtet sind, sondern dass die schlimmen Erfahrungen bis in den Tod lebendig bleiben.



Schlussfolgernd muß man einschätzen: Die jungen Leute waren ein aufmerksames, diszipliniertes und sehr interessiertes Publikum, das von den Lehrern und der Direktorin Frau Beate Svoboda sehr unterstützt wird.

Es war eine gelungene Veranstaltung.

Schwierige Nachkriegsgeschichte

Von Harald Jancke, Zeitzeuge

Noch ehe ich mich entschlossen hatte, ob und wann ich die Ausstellung „Russland und Deutschland - von der Konfrontation zur Zusammenarbeit“ im Martin-Gropius-Bau besuchen würde, erreichte mich eine Email von Frau Geffers, ZZB e.V., mit dem Hinweis, dass am 2. Dezember eine Kuratorenführung durch die Ausstellung stattfinden würde. Nun stand mein Entschluss fest, da gehe ich hin. Und das war ein Gewinn, denn nun wurde unter der sachkundigen Führung von Julia Franke allerlei Hintergrundinformation geboten, die der normale Ausstellungsbesucher nicht mitbekommt. Es ging bei dieser Führung vor allem um das Zustandekommen und die Probleme der Präsentation der Inhalte. Der Untertitel „von der Konfrontation zur Zusammenarbeit“ klingt ja nach einem problemlosen Übergang vom Ende des Weltkrieges zu einer harmonischen Jetztzeit. Und genau das war es nicht. In diesen 70 Jahren musste von russischer Seite die Stalindiktatur, die Loslösung vom Stalinkult, der Kalte Krieg unter Chruschtschow und Breschnew, die Perestroika unter Gorbatschow mit dem Zerfall der UdSSR bis hin zum „Neuen Russland“ unter Putin gegenübergestellt werden den Entwicklungen in Deutschland: Von der bedingungslosen Kapitulation über die Gründung zweier deutscher Staaten unter Adenauer bzw. Ulbricht, dem Bau und endlich dem Fall der Berliner Mauer als der Manifestation der deutschen Teilung bis zum wiedervereinigten

Deutschland als NATO Mitglied in den nunmehr endgültigen Grenzen. Tiefpunkte dieser Zeit waren offene Konfrontationen am 17. Juni in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag und 1981 in Polen und gegenseitige Sanktionen. Aber es gab auch Hoffnungszeichen wie die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen 1955, der „Wandel durch Annäherung“ durch Brandt und Bahr, die KSZE und 1990 der 2+4-Vertrag, der anstelle eines Friedensvertrages die Nachkriegszeit in Europa beendete.

Bei der Führung konnte ich die Dokumente nicht studieren, und so ging ich ein paar Tage später noch einmal für drei Stunden in die Ausstellung.

Die Veranstalter, das *Deutsch-Russische Museum Karlshorst*, und das *Staatsarchiv der Russischen Föderation* konnte eine umfassende Ausstellung zustande bringen, deren Spiegelbild zeitgleich, wenn auch nicht identisch, im *Staatlichen Historischen Museum in Moskau* gezeigt wird. Es ist kein Wunder dass dieses Vorhaben kompliziert war, denn über einzelne Kapitel dieser Geschichte gibt es auch heute noch durchaus unterschiedliche Meinungen und Empfindlichkeiten. Symptomatisch dafür ist das Ende des Geschichtsbezuges. Mit der Rede des Schriftstellers Daniil Granin vor dem deutschen Bundestag zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2014 schließt die Ausstellung und lässt die derzeitigen Probleme im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der Ukraine und die widersprüchlichen Engagements im dramatischen Nahostkonflikt unerwähnt. Wie Politik gemacht wird, konnte man am dokumentierten Telefonat Chruschtschow / Ulbricht von 1961 ablesen: Warum, wann, wie, und mit welcher Verschleierung soll in Berlin eine Mauer gebaut werden. Ein Lehrstück über politisches Agieren von Diktatoren.

Ein besonderes Kapitel deutsch-russischer Geschichte ist die Reparationsfrage nach dem 2. Weltkrieg. Russland, dem unermesslicher Schaden zugefügt worden ist, mit 27 Millionen Toten und einer bis Leningrad über Moskau und zum Kaukasus völlig zerstörten Landschaft, hat in großer Zahl Industriegüter, Fabrikanlagen und Kunstwerke aus Deutschland in die damalige Sowjetunion geschafft, hunderttausende von Kriegs- und Zivilgefangenen zur Arbeit gezwungen und dazu ca. 8000 deutsche Wissenschaftler und Ingenieure mit ihren Familien zum Wiederaufbau der sowjetischen Industrie ins europäische Russland verbracht. In so einer Familie habe ich selbst über 5 Jahre als Kind in Russland gelebt. Anhand der ausgestellten Dokumente über die „Spezialisten“ ergab sich bei der Führung dazu ein kurzer Dialog.

Ich habe immer empfunden, dass Kunst und Wissenschaft, gegebenenfalls auch moderne Technik, Felder sind, auf denen die beiden Länder abseits von politischer Konfrontation einander nahe kommen können. In der Ausstellung wurde das ausgewiesen durch die Dokumentation über die Rückgabe einer Vielzahl (wenn auch nicht aller) Kunstwerke der sog. „Beutekunst“, wissenschaftliche Zusammenarbeit DDR-UdSSR, gemeinsame Weltraumprogramme und viele Begegnungen im Bereich von Oper, Theater und Ballett. Immer sind solche Bemühungen durch das Handeln von einzelnen Personen vermittelt, in der Ausstellung wurde dazu u.a. an Konrad Wolf, Lew Kopelew, Heinrich Böll, Kathinka Dittrich van Weringh vom Goethe-Institut und Otto Wolf von Amerongen erinnert.

Zeitzeugen und Historiker sollten alle diese Aspekte der Beziehungen von Deutschland zu Russland wach halten um die Gegenwart gestalten zu können.

Schuld und Sühne

Der Verein „Aktives Museum“ beleuchtet die „Wiedergutmachung“ in Berlin

Von Sebastian Triesch

Der Verein *Aktives Museum* zeigte bis Januar dieses Jahres seine Ausstellung „Verfahren. Wiedergutmachung im geteilten Berlin“ in der *Gedenkstätte Deutscher Widerstand*. Allen, denen es nicht möglich war, diese zu besuchen, bietet sich die Möglichkeit im Mitgliederrundbrief des Vereins einen Einblick in die Materie zu bekommen.

Dort ist die Rede von Eva Balz zur Eröffnung der Ausstellung dokumentiert. In dieser geht sie weniger auf konkrete Fälle ein, sondern veranschaulicht die abstrakten Dimensionen der Wiedergutmachungsverfahren. Sie stellt die Ausstellung als einen Versuch dar, die Wiedergutmachung stärker in den Fokus zu rücken. So sei die Praxis der Entschädigung für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung zwar historisch gut erforscht, in der Öffentlichkeit aber weitgehend unbekannt. Gleichzeitig böte der Blick auf diese Thematik die Möglichkeit eine Sensibilisierung zu entwickeln für auch heute noch aktuelle Probleme der Vergangenheitsbewältigung.

In der historischen Praxis gestaltete sich die Wiedergutmachung als eine zwiespältige Angelegenheit. So war der Prozess einerseits zeitintensiv und konnte auf die Antragssteller traumatisierend wirken, andererseits bot er die

Möglichkeit, eine symbolische und finanzielle Anerkennung von erfahrenem Leid zu erhalten. Erschwerend kam hinzu, dass die Antragssteller in der Gesellschaft der 50er Jahre isoliert waren, da der Blick der deutschen Gesellschaft vor allem auf das eigene Leid gerichtet war und sich ansonsten auf den Wiederaufbau konzentrierte. Interessant sind auch Balz' Schilderungen, aus denen hervorgeht, wie sich Fragen der Rückerstattung mit ideologischen Konflikten im beginnenden Kalten Krieg verschränkten. So richtete sich die Rückerstattung in der Bundesrepublik vornehmlich an jüdische Verfolgte, während in der DDR das Hauptaugenmerk bei den Opfern politischer Verfolgung lag. Insbesondere in Berlin führte dies zu heiklen Situationen. Konkret veranschaulicht wird die Wiedergutmachung in einem Text von Jutta Rosenkranz über die Lyrikerin Mascha Kaléko. Diese wurde 1907 in Galizien geboren, 1918 zog ihre Familie nach Berlin. 1933 erschien im Rowohlt-Verlag ihr erster Gedichtband, im Jahr darauf wurde sie aus der „Reichsschrifttumkammer“ ausgeschlossen und ihre Bücher verboten. 1938 floh sie nach New York. Nach Deutschland kehrte sie nach Kriegsende nicht zurück. Die Ausstellung dokumentiert Kalékos

Schriftwechsel mit dem Berliner Entschädigungsamt, der sich über die Jahre 1951 bis 1975 erstreckt. So ergibt sich ein interessanter Einblick in die Mühlen der Bürokratie, denen sich Verfolgte ausgesetzt sahen. Im Rückblick erstaunt vor allem der Empathiemangel und wenig sensible Ton, mit dem die Behörde auf die Forderungen reagierte. Deutlich wird im Fall Kaléko zudem die Problematik des Begriffs „Wiedergutmachung“. In einem Interview mit Claude Lanzmann positionierte sie sich 1973 klar: „Ich akzeptiere nur eine Restitution. Es gibt keine Wiedergutmachung.“

So wecken die Texte das Interesse an einem in der Öffentlichkeit wenig beleuchteten Thema und einer Ausstellung die sich verdienstvoll der Aufarbeitung widmet. Die Ausstellung wird in diesem Jahr noch im Amtsgericht Berlin-Mitte und in der Alten Synagoge in Röbel (Mecklenburg-Vorpommern) gezeigt. Später soll sie einen festen Platz im Haus der Berliner Entschädigungsbehörde am Fehrbeliner Platz erhalten.

Weitere Informationen s. Internet:
http://www.aktives-museum.de/fileadmin/user_upload/Extern/Dokumente/rundbrief_74.pdf

☰ Aus unserem Briefkasten ☰

(Mail vom 24.3.16)

„Sehr geehrte Damen und Herren,
 Mein Name ist Elena Sato von der deutschen Schule in Tokyo. Vielleicht können Sie sich noch erinnern, dass wir Sie vor rund 5 Monaten kontaktiert haben, um ein Projekt über die Kinderlandverschickung im 2. Weltkrieg durchzuführen. Damals konnten wir zwei Zeitzeugen [Herrn Bubel und Herrn Schmaeling] interviewen, die uns sehr viel Interessantes über ihre Leben im 2. Weltkrieg erzählten. Es hat uns viel Spaß gemacht, mit dem Projekt zu arbeiten, und natürlich konnten wir vieles lernen. Außerdem bekamen wir vor 3 Tagen die Nachricht, dass wir einen Preis bei einem Wettbewerb von der Bundeszentrale für politische Bildung bekommen, was für unsere Schule ein großer Erfolg war. Wir haben zwar nur einen geringen Betrag an Geld bekommen, aber wir sind wirklich sehr glücklich darüber. Ich möchte mich für die 8a der deutschen Schule Tokyo-Yokohama bei Ihnen bedanken.
 Mit freundlichen Grüßen
 Elena Sato“

Gratulationen



*Wir gratulieren allen
 im April geborenen Zeitzeugen*

- 04.04. Dorit Ebert, 05.04. Wolfgang Eckstein, 05.04. Hartmut Topf, 07.04. Manfred Roseneit
- 09.04. Gerda Steinke, 18.04. Otto-Ernst Duscheleit
- 18.04. Günther Böhm, 18.04. Alexander Latotzky
- 23.04. Klaus Peschke, 27.04. Hanne-Lore Pretzsch
- 29.04. Helmut Oertel, 30.04. Charlotte Oberberg



Eilige Suchmeldungen von einer Schweizer und einer Berliner Abiturientin

Nr. 75/11 Die Kuba-Krise im Spiegel der DDR- und BRD-Presse

Nr. 83/16 Leiden der Zivilbevölkerung im 2. Weltkrieg.

Weitere Informationen im Büro (s. Impressum)

In eigener Sache



***Ihnen allen dankt die ZeitZeugenBörse
für ihre Beiträge in den Monatsbriefen:***

Achinger	Gertrud
Appenzeller	Gerd
Baars-Margeit	Elke
Bartholdy	Sophie
Behrens, H.	Heidi
Reichling, N.	Norbert
Berger	Gabriel
Besser	Wolfhard
Besser, W.	Wolfgang
Clement, J.	Jochen

Cent-Velden	Helga
Christoph	Michael
Dicks	Hans-Günther
Draeger	Hubert
Ebert	Dorit
Ehrlich	Karen
Endler	Wolfgang
Ferenz	Hans
Fischer	Armin
Geffers	Eva

Gericke	Marie Louise	Pohl	Kalus-Dieter
Gerstenberg	Andreas	Rackow	Lutz
Giese	Silvia	Rada	Uwe
Glumm	Bastian	Raetsch	Dietrich
Grimm	Hans-Joachim	Rierner	Klaus
Haegner	Stephan	Robel	Dieter
Häusler	Carsten	Saldern, von	Kaspar-Mathias
Hertlein	Jutta	Schallert	Erika
Ivanij	Ivan	Schröder	Meinhard
Jancke	Harald	Schwerk	Klaus
Kasimir	Karin	Sonneborn	Martha Iva Unger
Kayser	Siegfried	Sonntag	Philipp
Keil	Gert	Sylten	Werner
Kiesewetter-Giese	Edith	Taegner	Ingrid
Kirschning	Jürgen	Topf	Hartmut
Kittler	Alma	Triesch	Rolf
Koch	Sabine	Unger	Iva
Leech-Anspach	Gabriele	Triesch	Sebastian
Lucks	Günter	Wachtmann	Marianne
Meyer	Margarete	Wachtmann	Marianne
Mischke	Jörg	Wagner	Anne
Mosler	Peter	Wagner	Heiko
Müncheberg	Hans	Werk	Hans
Neff	Sieglinde	Werner	Jürgen
Odernheimer	Martin	Wewerka	Tamara
Omarkowsky	Manfred	Winkler	Christian
Petak	Flora	Wölm	Christina
Ploog	Sybille		

Diese Liste enthält Beiträge von 2014 bis heute...
und wir verdanken sie Dr. Rolf Triesch.

**Welches Thema sollte noch
im ZeitZeugenBrief auftauchen?**

**Welches Thema möchten
Sie selbst einbringen?**

Zeitzeugenbörse - Aufruf zur Mitarbeit

Das Leitungsteam

Der Verein ZZB wird geleitet durch die in der Satzung vorgesehenen Gremien. Der Vorstand umfasst drei Personen, der/die erste Vorsitzende, der/die stellvertretende Vorsitzende, der/die Schatzmeisterin und der/die Beisitzer/in. Seit vielen Jahren ist die Position der 1. Vorsitzenden mit Frau Geffers besetzt, die Position der/des 2. Vorsitzenden ist zur Zeit unbesetzt.

Neubesetzung der Position der /des stellvertretenden Vorsitzenden

Die Zeitzeugenbörse will und muss die Position der/des zweiten Vorsitzenden neu besetzen. Diese soll auf der nächsten Mitgliederversammlung im April 2016 gewählt werden. Andernfalls droht die Schließung der Zeitzeugenbörse.

Die ZZB sucht also nach Personen, die sich in der Lage fühlen und Spaß daran haben, sich den Leitungsaufgaben der ZZB zu widmen. Spezifische Qualifikationen sind nicht erforderlich, hilfreich sind Erfahrungen in/mit der Freiwilligenarbeit.

Die Arbeitszeit der Vorsitzenden ist in der Satzung nicht festgelegt. Bei vollständiger Besetzung des Vorstandes sind ca. 20 Stunden/Woche ausreichend, um alle anfallenden Aufgaben zu erledigen, allerdings

wechseln Stoßzeiten mit ruhigeren Phasen. Die Arbeit ist ehrenamtlich und unbezahlt, Aufwendungen werden jedoch erstattet.

Die Position wurde etwa 10 Jahre von Frau Dr. Achinger und drei Jahre von Frau Kanzleiter wahrgenommen. In enger Abstimmung mit Frau Geffers wurden folgende Aufgaben durchgeführt:

- Vertretung der 1. Vorsitzenden, z.B. bei Urlaub, Überlastung
- Kontakt zur Senatsverwaltung und zum Dachverband „Der Paritätische“
- Austausch mit und Kontakt zu den freiwilligen kompetenten Mitarbeitern des Büros
- Verbesserung der Büroorganisation, z.B. im Hinblick auf die Dokumentation von Vermittlungsvorgängen
- Vertretung des Vereins in bestimmten Gremien, z.B. bei *bürger aktiv*.
- Durchführung von Sonderprojekten (mit Unterstützung des Teams, ca. 20 Personen)

Sollten Sie Interesse an einer Mitarbeit haben, so wenden Sie sich bitte an die Zeitzeugenbörse. Wir klären mit Ihnen gern weitere Fragen: info@zeitzeugenboerse.de , Tel. 030 4404 6378.

Ankündigungen / Impressum

Auf der **9. Berliner Freiwilligenbörse** am Samstag, **9. April 2016**, 11:00 bis 17:00 Uhr, im Roten Rathaus hat die ZeitZeugenBörse Berlin den Stand 79.

HALBKREIS am Donnerstag, 14.4.2016 - Veränderte Zeit: 15.30 Uhr – 17.30 Uhr **Zeitzeugen gibt es überall!**

Hans-Dieter Robel wird viel zu erzählen haben. Er war als Vertreter der ZZB vom 26.2. bis 28.3. in Los Angeles und dort am Projekt „*Lange Tafel*“ beteiligt. Frau Isabella Mamatis konnte mit Hilfe von Frau Prof. Granata nun auch in den Vereinigten Staaten aktiv werden. Hinzu kommt das *Partnerschaftsjahr Los Angeles - Berlin*, so dass auch der deutsche Generalkonsul Hans Jörg Neumann und unser Regierender Bürgermeister Michael Müller in diesem Powerpoint-Vortrag vorkommen werden.

Wir dürfen uns wieder auf einen originellen und unterhaltsamen Vortrag freuen!

Von den Sowjets verurteilt – von den Russen rehabilitiert

Der 17jährige Schüler **Werner Höpfner** wird am 11.Mai 1945 vom NKWD von zu Hause abgeholt. „Kein Grund zur Aufregung“ beruhigte der Dolmetscher die Eltern, „Der Junge ist abends wieder zu Hause“. Es kam anders: 8 Jahre und 7 Monate wird ihr Sohn „verschwunden“ sein.

Ein sowjetisches Militärtribunal verurteilt ihn zu 15 Jahren Arbeitserziehungslager. Er wird in ein Lager in der Nähe von Workuta/nördliches Eismeer transportiert. Er gilt als besonders gefährlicher Staatsverbrecher und arbeitet als Strafgefangener bis Juni 1953 in einem Steinkohlebergwerk unter Tage. Sein Rücktransport 1953 wird wegen der Ereignisse am 17.Juni in Ostberlin nach Ostpreußen umgeleitet. Am 28.Dezember 1953 kommt er nach 3153 Tagen in Unfreiheit wieder nach Hause zurück.

Moderation: Eva Geffers

Donnerstag, 28.April um 15 Uhr: Mitgliederversammlung

mit Wahl des Schatzmeisters und ggfs. eines/r 2.Vorsitzenden

[Veranstaltungsort: Amerikahaus am Bahnhof Zoo, Hardenbergstr. 22, 10623 Berlin
Der Eingang zur Landeszentrale ist auf der rechten Seite des Gebäudes]

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

V.i.S.d.P.: Eva Geffers; Redaktion: Eva Geffers / Lektorat und Layout: Dr. Klaus Riemer
ZeitZeugenBörse e.V. Ackerstr. 13, 10115 Berlin, ☎ 030 – 44046378, 📠 030 – 44046379

Mail: info@zeitzeugenboerse.de - www.zeitzeugenboerse.de

Bürozeiten: Montag, Mittwoch, Freitag 10 -13 Uhr

Redaktionsschluss ist der 15. des Monats vor jeder Ausgabe. Kürzungen und Bearbeitungen der Beiträge bleiben der Redaktion vorbehalten. Den Wunsch nach Kontrolle vor der Veröffentlichung bitte extra und mit Tel.-Nr. vermerken.

Wer den ZeitZeugenBrief statt per Post per E-Mail erhalten will, schickt uns bitte eine E-Mail!

Über Spenden freuen wir uns sehr: Bank für Sozialwirtschaft BIC: BFSWDE33BER-IBAN:DE8310020500003340701

typowerk Design und Druck

BODONI Vielseithof, Buskower Dorfstraße 22, 16816 NEURUPPIN / OT BUSKOW

☎ 033915109095, 📠 030-28387568 Mail: info@bodoni.org